

Infrastruktur für die Wirtschaft in Mittelfranken

vbw

Position

Stand: Dezember 2025

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Die Wirtschaft in Mittelfranken braucht gute Standortbedingungen

Die Unternehmen in Mittelfranken sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Voraussetzung für ihren Erfolg ist eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Beschäftigten. Wichtige Elemente sind dabei eine stabile Energieversorgung, bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hochleistungsfähige digitale Netze, eine effektive Verwaltung, hervorragende Bildungsinstitutionen sowie innovative Forschungseinrichtungen. Ebenfalls von großer Bedeutung sind zudem flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung.

Mittelfranken mit der Metropolregion Nürnberg besitzt auf allen genannten Feldern wertvolle Stärken. Die Sicherung einer guten Infrastruktur ist jedoch eine Daueraufgabe. Sie muss den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jedes Entwicklungsvorhaben ist in technischer, planerischer, finanzieller und auch in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Die Schwerpunktsetzung bei den vor Ort zu realisierenden Infrastrukturvorhaben sollte in enger Abstimmung mit der Wirtschaft geschehen.

Als Beitrag für diese politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser Positionspapier konkrete Infrastrukturaufgaben und -projekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der mittelfränkischen Unternehmen absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
12. Dezember 2025

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1	Standort Mittelfranken
1.1	Wirtschaft und Industrie
1.2	Demografische Entwicklung
1.3	Unternehmerperspektiven 2024
2	Digitale Netze
2.1	Glasfasernetze flächendeckend ausbauen
2.2	5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen
3	Energie
3.1	Dezentrale Energieversorgung ausbauen
3.2	Netzausbau vorantreiben
3.3	Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen
4	Mobilität
4.1	ÖPNV-Verbundsystem ausbauen
4.2	Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln
4.3	Bahnverkehr ausbauen
4.4	Bike-Infrastruktur weiterentwickeln
4.5	Binnenwasserstraßen ertüchtigen
4.6	Schwertransporte erleichtern
5	Wohnraum
6	Innovationsinfrastruktur
6.1	Aufbau der Technischen Universität Nürnberg
6.2	Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

6.3	Forschungseinrichtungen in der Fläche entwickeln	19
6.4	Technologietransfer stärken	19
7	Bildung	21
7.1	Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen	21
7.2	Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten	21
7.3	Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte	22
7.4	Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben	22
7.5	Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen	22
8	Gesundheit und Pflege	24
8.1	Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen	24
8.2	Apothekennetz erhalten	26
8.3	Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln	26
8.4	Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	27
9	Moderne Verwaltung	28
9.1	Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen	29
9.2	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	30
Anhang		31
Ansprechpartner/Impressum		33

Position auf einen Blick

Wichtige Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in Mittelfranken

Eine bedarfsgerechte und leistungsstarke Infrastruktur ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Sie muss daher unter besonderer Berücksichtigung der für Teile Mittelfrankens absehbar schwierigen demografischen Entwicklung zukunfts-fest ausgebaut werden. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umge-setzt werden.

Die zentralen Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind:

- Ausbau der Windenergie und Photovoltaik forcieren,
- Pumpspeicherwerk Happurg zügig sanieren und wieder in Betrieb nehmen,
- Fördermöglichkeiten zum Ausbau der Glasfaser- und 5G-Infrastruktur konsequent nutzen,
- den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (A73) realisieren,
- Aufbau der technischen Universität Nürnberg weiter mit Nachdruck vorantreiben,
- Verwaltungsdienstleistungen einheitlich digitalisieren und den Ausbau medienbruch-freier E-Government-Angebote voranbringen.

Das vorliegende Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforde-rungen in Mittelfranken. Die vbw hat zu übergreifenden Fragen der Infrastrukturentwick-lung in den verschiedenen Bereichen Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Mittelfranken

Wirtschaft und Demografie im Regierungsbezirk

Mittelfranken hat eine zentrale Lage in Bayern, Deutschland und Europa. Der regionale und überregionale Personen- und Güterverkehr profitiert von der Anbindung des Regierungsbezirks an die großen Verkehrsmagistralen sowohl in Nord-Süd-, als auch in West-Ost-Richtung.

1.1 Wirtschaft und Industrie

Die Metropolregion Nürnberg gehört zu den starken Wirtschaftsräumen in Europa. Die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen bilden das Zentrum des Agglomerationsraums. Die Landkreise im Süden und Westen des Regierungsbezirks sind eher ländlich geprägt.

In Mittelfranken leben rund 1,8 Millionen Einwohner. Hier sind über 120.000 Betriebe ansässig, die Zahl der Erwerbstätigen liegt bei 800.000. Der Regierungsbezirk verfügt über einen zukunftsträchtigen Branchenmix von Industrie und Dienstleistung, Handel und Verkehr. Der Maschinenbau und die Elektroindustrie bilden dabei wichtige Branchenschwerpunkte im Bereich des verarbeitenden Gewerbes. Positiv zu bewerten ist die gute Mischung aus international erfolgreichen Großunternehmen und innovationsfreudigen Klein- und Mittelbetrieben.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2022 50.400 Euro; es stieg allein zwischen 2012 und 2022 um 32,9 Prozent. 67,5 Prozent der Bruttowertschöpfung wurde 2022 im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 31,8 Prozent im produzierenden Gewerbe und davon 24,5 Prozent in der Industrie. Die Arbeitslosigkeit im Regierungsbezirk lag 2024 mit 4,3 Prozent über dem bayernweiten Durchschnitt von 3,7 Prozent.

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt im Mai 2025 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043 zeigt für Mittelfranken einen positiven Trend: Bis 2043 wird mit einer Bevölkerungszunahme von knapp 48.200 (2,7 Prozent) auf knapp 1,84 Millionen Einwohner gerechnet (Abbildung 1).

Die demografischen Indikatoren geben gleichzeitig einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern. Von 2023 bis 2043 wächst das Durchschnittsalter in Mittelfranken um 1,3 Jahre auf 45,5 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 23,2 Prozentpunkte auf 44,0 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender

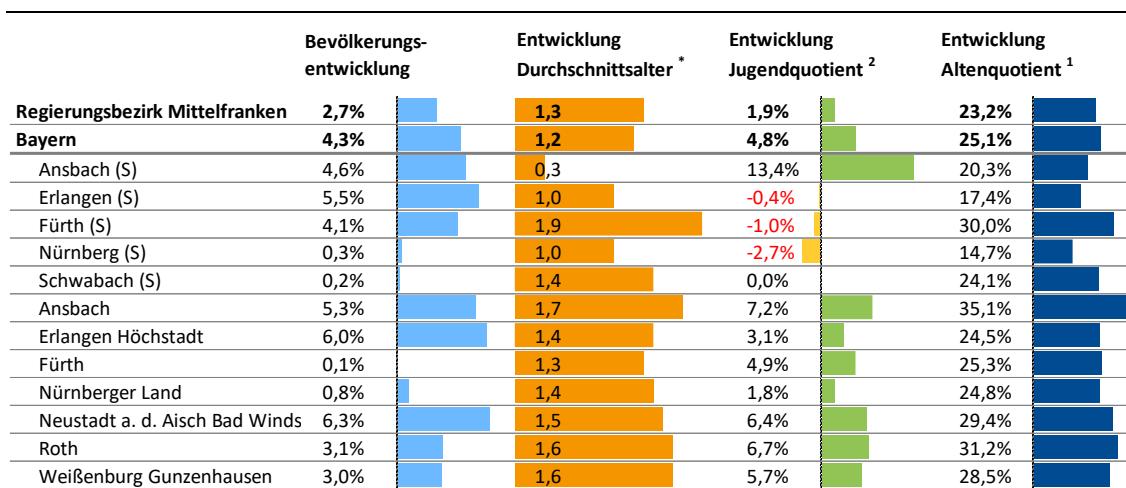
¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

Standort Mittelfranken

Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher. Positiv zu bewerten ist der um 1,9 Prozentpunkte auf 31,9 Prozent steigende Jugendquotient². Er lässt zugleich auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schulen schließen.

Abbildung 1

Demografische Entwicklung in Mittelfranken 2023 bis 2043



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2023 bis 2043; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis; * Zunahme in Jahren.

1.3 Unternehmerperspektiven 2024

Die Studie *Standort Bayern: Unternehmerperspektiven 2024* zeigt: Die Standortqualität Mittelfrankens wird von den Unternehmern mit 72,2 Punkten (Durchschnitt Bayern 72,8 Punkte) und damit noch gut bewertet. 89,8 Prozent (Bayern 85,6 Prozent) der Unternehmen würden sich wieder im Regierungsbezirk ansiedeln.

Die Befragung beinhaltete zudem die Bewertung der Zufriedenheit mit einzelnen Infrastrukturfeldern sowie Fragen zum jeweils notwendigen Verbesserungsbedarf. Die Ergebnisse sind am Beginn der jeweiligen Kapitel aufgeführt und den bayerischen Mittelwerten gegenübergestellt.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Digitale Netze

Glasfasernetze und 5G-Mobilfunkausbau flächendeckend ausrollen

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele bei den digitalen Netzen, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Spätestens im Jahr 2030 muss Bayern flächendeckend mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Zufriedenheit Güte digitale Infrastruktur	29,1 Prozent	22,9 Prozent
Zufriedenheit Güte Mobilfunkinfrastruktur	32,3 Prozent	34,7 Prozent
Breitbandinitiative fortführen	89,4 Prozent	91,9 Prozent
Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur forcieren	81,4 Prozent	83,8 Prozent

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigung für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen
2. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüsse für Unternehmen achten
3. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegentreten

2.1 Glasfasernetze flächendeckend ausbauen

Die vbw ermittelt in der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* regelmäßig den Ausbaustand des digitalen Festnetzes. Darüber hinaus legen wir regelmäßig Auswertungen vor, die den Ausbaustand der digitalen Infrastruktur in den Regierungsbezirken zeigen.

Der Anteil der Haushalte in Mittelfranken, die bereits Zugang zu besonders zukunftsfähigen Glasfaseranschlüssen bis zum Endkunden (FTTB/H) haben, liegt mit 31,6 Prozent unter dem bayerischen Durchschnitt (36,6 Prozent). Das entspricht Rang drei im Vergleich der Regierungsbezirke. Verglichen mit April 2024 konnte der Wert um 11,6 Prozentpunkte

gesteigert werden. Im bayernweiten Durchschnitt lag der Anstieg mit 9,6 Prozentpunkten niedriger.

Mittelfranken weist bei der Glasfaserversorgung der Haushalte in städtischen Räumen mit 34,3 Prozent einen unterdurchschnittlichen Wert auf (Bayern: 48,7 Prozent), in ländlichen Räumen liegt der Wert mit 25,1 Prozent deutlich näher am Landesdurchschnitt (26,1 Prozent). In 120 Kommunen in Mittelfranken (57,1 Prozent) sind weniger als 20 Prozent der Haushalte mit Glasfaser erschlossen. Damit liegt der Regierungsbezirk knapp unter dem bayerischen Durchschnitt von 58,4 Prozent.

In den Gewerbegebieten waren zum Stand Ende 2024 43,4 Prozent der Unternehmen mit Glasfaseranbindungen (FTTB/H) versorgt (Bayern: 50,2 Prozent; Abbildung 2). Auch bei Be- trachtung aller Unternehmen weist Mittelfranken einen unterdurchschnittlichen Wert von 31,2 Prozent (Bayern: 38,0 Prozent) auf.

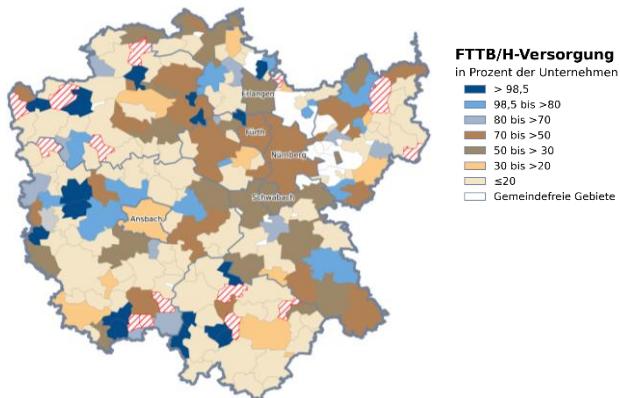
Abbildung 2

Glasfaserversorgung der Unternehmen in Mittelfranken Ende 2024

Unternehmen in Gewerbegebieten

Mittelfranken: 43,4 Prozent

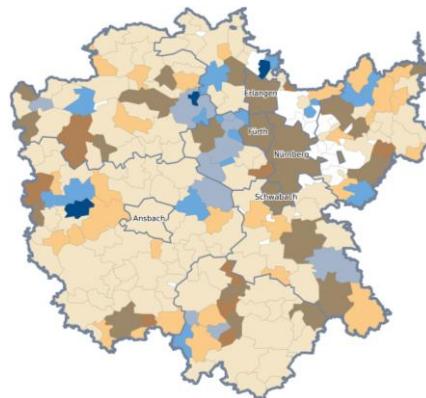
Bayern: 50,2 Prozent



Alle Unternehmen

Mittelfranken: 31,2 Prozent

Bayern: 38,0 Prozent



Quelle: BMDV / BNetzA (2025), Darstellung: IW Consult GmbH.

Gemäß der bis Mitte August 2025 veröffentlichten Daten zu den Förderverfahren der Kommunen im Zuge der Bayerischen Gigabitrichtlinie (BayGibitR) haben oder werden aufgrund bereits laufender Projekte allein in Mittelfranken rund 19.700 Adressen einen neuen Gigabit-Anschluss erhalten. Gut 3.890 Kilometer Glasfaser sollen dafür insgesamt neu verbaute werden. Rund 884 Kilometer davon sind gemäß den Angaben in den Fördersteckbriefen bis Ende des zweiten Quartals 2025 bereits verlegt. Der Großteil wird voraussichtlich ab 2026 installiert.

Zur geforderten flächendeckenden Anbindung mit Glasfaser sind jedoch noch erhebliche Anstrengungen nötig.

2.2 5G-Mobilfunk flächendeckend bereitstellen

Die gemessene 5G-Mobilfunkverfügbarkeit auf Autobahnen und Bundesstraßen in Mittelfranken variiert deutlich zwischen den Providern. Der Anteil der Messpunkte in Prozent, an denen eine gute Empfangsqualität ermittelt werden konnte, liegt bei 63,4 für Provider A, 59,7 für Provider B und 33,4 für Provider C. Die Provider schneiden damit in Mittelfranken durchgängig stärker ab als landesweit, wo die Anteile 29,2 (Provider A), 37,4 (Provider B) und 20,7 Prozent (Provider C) betragen. Folgerichtig ist bei allen Providern der Anteil der Messpunkte in Mittelfranken ohne Empfang niedriger als im Landesdurchschnitt. Bei Provider A war an 14,2 Prozent der Messpunkte kein Empfang feststellbar (Bayern: 64,5 Prozent). Für die Provider B und C liegen die Anteile bei 10,7 (Bayern: 49,7 Prozent) bzw. 43,3 Prozent (Bayern: 66,8 Prozent).

Die Mobilfunkversorgung in Mittelfranken wird sich weiter verbessern. Dazu trägt auch das Förderwesen bei: Die Betreiber von Mobilfunktürmen (Tower Companies) in drei Kommunen Mittelfrankens haben in der Bundesförderung zur Schließung weißer Flecken bereits Zuwendungsbescheide erhalten. Ziel muss es sein, das 5G-Netz in Mittelfranken möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Positiv ist insofern auch die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

3 Energie

Sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung schaffen

Eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung hat für Unternehmen und für die Standortentscheidung internationaler Investoren größte Bedeutung. Hohe Energiepreise belasten die Unternehmen. Gleichzeitig muss die Energiewende auch am Standort Mittelfranken vorangebracht werden.

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Zufriedenheit Sichere Stromversorgung	68,8 Prozent	64,2 Prozent
Verstärkung/Ausbau der Leitungskapazitäten (Netzausbau)	88,3 Prozent	88,9 Prozent
Beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien	71,8 Prozent	69,4 Prozent
Ausbau der Infrastruktur für wasserstoffbasierte Energieversorgung	63,9 Prozent	63,3 Prozent
Entwicklung, Aus-, Aufbau von Speichern, auch mit Forschungsförderung	83,1 Prozent	87,8 Prozent

Energie – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Pumpspeicherkraftwerk Happurg zügig sanieren und wieder in Betrieb nehmen.
2. Ausbau der Windenergie und Photovoltaik forcieren.

3.1 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Tabelle 1 zeigt, dass die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien in Mittelfranken erneut zugenommen hat – insbesondere bei der Photovoltaik. Nach aktuellen Zahlen ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch im Regierungsbezirk von 46,9 Prozent (31. Dezember 2022) auf 50,9 Prozent (31. Dezember 2023) angestiegen. Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar- und Windparks für die Errichtung weiterer Anlagen

- Beschleunigter Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in Mittelfranken
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Potenziale bei der Biomethanproduktion heben
- Ausbau und Nutzung der Geothermie an geeigneten Standorten
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebieten, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche/Entwicklung neuer Standorte

Tabelle 1
Ausbau der erneuerbaren Energien in Mittelfranken

	Mittelfranken		Bayern	
	Zahl der Anlagen	Installierte Leistung	Zahl der Anlagen	Installierte Leistung
Windenergie*	242	574 MW	1.148	2.627 MW
Photovoltaik	Dach: 104.703 Frei: 453	Dach: 1.546 MWp Frei: 1.023 MWp	Dach: 961.551 Frei: 3.896	Dach: 14.771 MWp Frei: 7.463 MWp
Biomasse	301	144 MW	3.746	1.973 MW
Wasserkraft	405	42 MW	4.196	2.448 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt; Stand: 31.12.2023

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen

3.2 Netzausbau vorantreiben

Die Netzinfrastruktur ist Schlüsselement und Achillesferse der Energiewende zugleich. Folgende Punkte stehen im Fokus:

- Bau des SuedOstLink: Absicherung der Stromversorgung von Norden nach Süden und gegenüber den Nachbarländern
- Aufrüstung der mittelfränkischen Mittelspannungsleitungen und regionalen Niederspannungsleitungen für die dezentrale Energieversorgung
- Weiterentwicklung des Stromnetzes zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigen Netz, auch um höhere Netzschwankungen auszugleichen
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen

3.3 Energiespeicherlösungen entwickeln und einsetzen

Der Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ist gemein, dass sie unregelmäßig anfällt und nicht mit dem Strombedarf deckungsgleich ist. Deswegen müssen Überschüsse

Energie

für den späteren Verbrauch gespeichert werden können. Infrage kommen klassische Methoden wie z. B. Pumpspeicherkraftwerke oder Großbatteriespeicher, aber auch der Einsatz moderner Technologien, wie Power-to-Gas, bei der Energie zur Herstellung von Wasserstoff genutzt wird. Vordringlich ist dabei die zügige Sanierung und Wiederinbetriebnahme des Pumpspeicherkraftwerk Happurg. Unverzichtbar ist darüber hinaus die Realisierung einer Wasserstoff-Infrastruktur für die Erzeugung und den Transport zum Aufbau einer regionalen grünen Wasserstoffwirtschaft.

4 Mobilität

Mobilitätsinfrastruktur weiterentwickeln, Wohnungsbau vorantreiben

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Zufriedenheit Güte Straßenverkehr	53,2 Prozent	45,9 Prozent
Zufriedenheit Güte Schienenverkehr	21,5 Prozent	19,5 Prozent
Zufriedenheit Güte Luftverkehr	53,6 Prozent	50,7 Prozent
Angebot im ÖPNV sicherstellen	82,7 Prozent	83,7 Prozent
Investitionen in die Straßeninfrastruktur	66,8 Prozent	65,3 Prozent
Investitionen in die Schieneninfrastruktur	74,8 Prozent	75,3 Prozent
Ausbau flächendeckenden Infrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien	68,4 Prozent	75,5 Prozent

Mobilität und Wohnungsbau – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Aus- und Umbau des AD Nürnberg Ost plangerecht fertigstellen
2. Kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs (A73) realisieren
3. ÖPNV bedarfsgerecht ausbauen und mit dem Fernverkehr verzahnen

4.1 ÖPNV-Verbundsystem ausbauen

Die Wirtschaft hat starkes Interesse daran, dass Mitarbeiter und Kunden gut ausgebaute Verkehrsverbünde nutzen können. Ziel ist, ein hochwertiges, an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtetes und preisgünstiges Angebot in allen Teilen Mittelfrankens anzubieten. Folgende Projekte sind angesichts der hohen Pendlerströme zur Weiterentwicklung des ÖPNV dringend voranzutreiben:

- Regional- und Fernverkehrsverbindungen besser verzahnen.
- Bedarfsgerechte Nacht-S-Bahn-Angebote für Schicht- bzw. Nacharbeiter.
- Ausbau der Linie U3 mit den neuen Bahnhöfen Kleinreuth bei Schweinau und Gebersdorf fristgerecht fertigstellen.
- Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus der S1 (Nürnberg – Forchheim – Bamberg) in den Abschnitten Erlangen – Baiersdorf sowie Baiersdorf - Forchheim

- S-Bahn im Sektor Nordost Nürnberg Richtung Simmelsdorf – Hüttenbach / Hersbruck / Neuhaus (Pegnitz) realisieren.
- S-Bahn im Sektor West Nürnberg Richtung Cadolzburg / Markt Erlbach verlängern.
- Anbindung nach Gräfenberg über den Nürnberger Nordring mit Verlängerung der Gräfenbergbahn
- Neubau der Strecke zwischen Hilpoltstein und Allersberg

Wichtig ist darüber hinaus, den Ausbau der S1 durch eine zulässige Trassenführung, bisher als „Fürther Verschwenk“ bezeichnet, zügig voranzubringen.

Bei der Stadt-Umland-Bahn sind die Bürgerbeteiligung und auch das Raumordnungsverfahren abgeschlossen. Es gilt, das Planfeststellungsverfahren zügig voranzutreiben und einen baldigen Baubeginn anzustreben.

Innovative Verkehrskonzepte, wie zum Beispiel eine Magnetschwebebahn in Nürnberg zwischen dem U-Bahnhof Bauernfeindstraße bis zum Klinikum Nürnberg Süd, sind ernsthaft zu prüfen.

4.2 Straßeninfrastruktur kapazitätsgerecht entwickeln

Tabelle 2 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau. Diese Projekte müssen zügig vorangetrieben bzw. abgeschlossen werden.

Tabelle 2
Autobahnprojekte in Planung oder Bau

Projekt	EP	BRGV	B
A3 Landesgrenze Baden-Württemberg – Regensburg (ÖPP)			
AK Biebelried – AK Fürth/Erlangen		S Q2 2020	
A6 Heilbronn – Nürnberg (sechsstreifiger Ausbau)			
LGr. BW/BY – AK Feuchtwangen/Crailsheim		S Q1 2020	
AK Feuchtwangen/Crailsheim – westl. Aurach		A Q3 2022	
westl. Aurach – östl. AS Herrieden		A Q4 2024	
östl. AS Herrieden – östl. AS Ansbach		A Q4 2024	S Q1 2025
östl. AS Ansbach – östl. AS Lichtenau		A Q4 2020	S Q4 2023
östl. AS Lichtenau – östl. Triebendorf			
östl. Triebendorf – AS Schwabach-W			S Q4 2021
Autobahnkreuz Nürnberg-Ost			S Q2 2019
A9 (achtstreifiger Ausbau)			
AK Nürnberg – AK Nürnberg-Ost		S Q4 2023	

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben der Autobahn GmbH.
Q1 – Q4 = Quartale, A = abgeschlossen, S = gestartet, EP = Entwurfsplanung, BRGV = Baurechtliches Genehmigungsverfahren, B = Bau.

Folgende weitere Punkte sind für Mittelfranken besonders wichtig:

- Kreuzungsfreier Ausbau des Frankenschnellwegs
- Schnellstmögliche Entwicklung eines neuen Ansatzes zur verkehrlichen Anbindung des Flughafens Nürnberg
- Ausbau der A6 mit einem Deckel im Stadtgebiet Erlangen.

Darüber hinaus ist eine Reihe von Ortsumgehungen im mittelfränkischen Verkehrsnetz umzusetzen (Tabelle 3).

Tabelle 3
Bundesstraßenprojekte für Mittelfranken

Projekt	EP	BRGV	B
B 2			
OU Dietfurt	S	Q4 2022	
OU Forth	A	Q3 2024	
B 13			
OU Merkendorf	S	Q3 2019	
B 14			
OU Reichenschwand mit Tunnel	S	Q1 2026	
B 25			
OU Dinkelsbühl	A	Q3 2024	
OU Lehengütingen	S	Q2 2022	
B 470			
OU Gremsdorf	S	Q3 2025	
OU Lenkersheim	A	Q4 2023	

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; OU = Ortsumgehung.

Wie in allen anderen Regierungsbezirken gilt es, die Parkmöglichkeiten und Versorgungsnetze insbesondere an Autobahnen und Bundesstraßen zu verbessern. Hier müssen insbesondere folgende Punkte im Fokus stehen:

- Errichtung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur mit Schnelllademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge (PKW und LKW)
- Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Wasserstofftankstellen
- Schaffung weiterer LKW- und Bus-Stellplätze (mit Sanitäranlagen, Ruhezonen und ausreichender Beleuchtung) an den Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen.
- Verbesserung der Anbindung der Gewerbegebiete an das Autobahnnetz
- Erhöhung der Parkplatzkapazitäten an den Bahnhöfen

4.3 Bahnverkehr ausbauen

Mittelfranken ist mit dem ICE-Knotenpunkt Nürnberg gut in den Bahnfernverkehr eingebunden. Angesichts des steigenden Güter- und Personenverkehrs muss dafür Sorge getragen werden, dass die Bahn weiter an Attraktivität gewinnt. Insbesondere benötigt die Wirtschaft erweiterte Transportkapazitäten nach und aus Mittelfranken sowie im Transitverkehr. Wichtiges Element ist die Fertigstellung des bereits im Bundesverkehrswegeplans 1992 beschlossenen Güterzugtunnels zwischen Nürnberg und Eltersdorf. Die durchgängige Elektrifizierung und damit das Ende des Dieselbetriebs ist mit Hochdruck voranzutreiben.

Es ist zu begrüßen, dass der Bund auf der Franken-Sachsen-Magistrale Nürnberg – Bayreuth – Cheb ab 20230 den Lückenschluss der Elektrifizierung vornehmen will, wobei auch der Abzweig zwischen Bayreuth und Schnabelwaid berücksichtigt werden soll.

Die aktuelle Sperrung wegen notwendiger Brückensanierungen der Strecke Nürnberg – Bayreuth zwischen Pegnitz und Hersbruck ist allerdings eine massive Behinderung für alle Reisenden und Pendler und betrifft auch die Verbindungen über Bayreuth hinaus nach Hof und Marktredwitz. Die Arbeiten an der Strecke müssen zügig erfolgen und abgeschlossen werden.

Folgende Projekte sind in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030 eingestellt und müssen zügig vorangebracht werden:

- ABS Karlsruhe – Stuttgart – Nürnberg – Leipzig – Dresden
- ABS Nürnberg – Marktredwitz – Reichenbach – Grenze D/CZ – Prag
- ABS Burgsinn – Gemünden – Würzburg – Nürnberg
- ABS/NBS Nürnberg – Passau

Für die Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in Mittelfranken sind darüber hinaus wichtig:

- Ausbau des Knotens Fürth
- Elektrifizierung Strecke Nürnberg – Marktredwitz / Grenze zur Tschechischen Republik
- Kapazitätserweiterung der Strecke Nürnberg – Regensburg mit Bau von Überholgleisen
- Weitere Ertüchtigung der ICE-Strecke Frankfurt – Würzburg – Nürnberg
- Ausbau der Strecke Nürnberg – Stuttgart
- Reaktivierung der Bahnstrecke Dinkelsbühl – Nördlingen
- Reaktivierung der „südlichen Hesselbergbahn“ Nördlingen – Wassertrüdingen
- Realisierung Gleisanschluss Industriegebiet Dombühl für ein Güterumschlagzentrum
- Ausbau der Ringbahn von Fürth nach Gräfenberg
- Zügige Ertüchtigung der Gräfenbergbahn
- Direktanbindung von Gunzenhausen und Nördlingen nach Nürnberg

4.4 Bike-Infrastruktur weiterentwickeln

Ein Faktor für ein leistungsfähiges Mobilitätssystem ist die Fahrrad-Infrastruktur. Notwendig sind leistungsfähige Trassen, die zügiges Vorankommen für Fahrräder ermöglicht, ohne den PKW- und LKW-Verkehr zu behindern.

4.5 Binnenwasserstraßen ertüchtigen

Nürnberg verfügt mit dem Güterverkehrszentrum (GVZ) *bayernhafen* Nürnberg über einen exzellenten Umschlagplatz zwischen Wasser, Schiene und Straße.

Die Leistungsfähigkeit des GVZ kann aber nur dann optimal genutzt werden, wenn die Binnenwasserstraßen leistungsfähig ausgebaut sind. Der Ausbau des Mains zwischen Würzburg und Bamberg sowie der Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen haben insofern auch für den Wirtschaftsraum Mittelfranken große Bedeutung. Auch die Sanierung der Schleusen rund um Nürnberg muss zeitnah erfolgen.

4.6 Schwertransporte erleichtern

Großraum- und Schwertransporte (GST) sind unter anderem zur Umsetzung der Energiewende (Transport von Masten für Windkraftanlagen) zwingend erforderlich. Die entsprechenden Genehmigungsverfahren müssen auf allen Ebenen beschleunigt werden.

5 Wohnraum

Angebot an Wohnraum spürbar verbessern

Unternehmerperspektiven 2024 – notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	88,6 Prozent	94,8 Prozent

Wohnungsbau – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Alle Entscheider müssen ihre Anstrengungen zur Schaffung von Wohnraum in den mittelfränkischen Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt verstärken.
2. Kommunen müssen die mit dem „Bauturbo“ eingeräumten erweiterten Handlungsspielräume nutzen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.
3. Das Angebot an Wohnheimplätzen an den mittelfränkischen Hochschulstandorten muss verbessert werden.

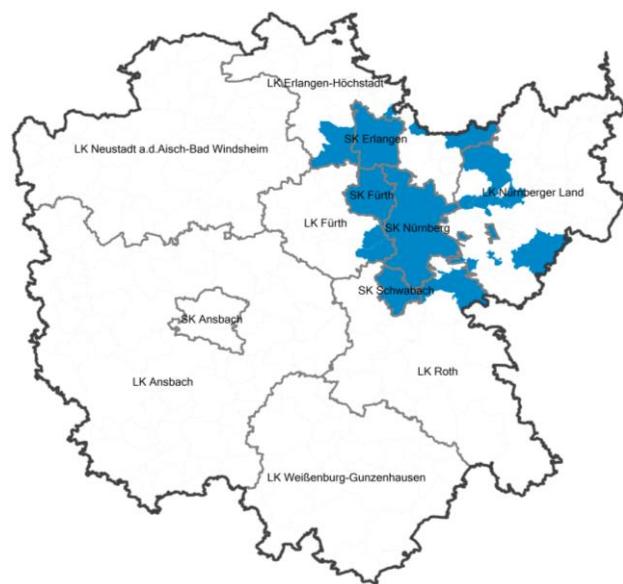
Die Mangellage am Wohnungsmarkt bremst Arbeitgeber wie Mitarbeiter aus, insbesondere in Ballungsräumen. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade in den attraktiven Räumen die Knappheit an Wohnraum durch vermehrtes Bevölkerungswachstum besonders zunimmt. Einen „angespannten Wohnungsmarkt“ nach § 201a Baugesetzbuch weisen in Mittelfranken schon heute die in der Abbildung 3 dargestellten Städte und Kommunen auf. Darüber hinaus ist die Zahl an Wohnheimplätzen für Studierende und Berufsschüler insbesondere an den Standorten Nürnberg, Fürth, Erlangen und Ansbach unzureichend.

Markteingriffe wie die noch einmal verlängerte Mietpreisbremse verschärfen die Lage am Wohnungsmarkt weiter. Markt und Menschen brauchen angebotsseitige Impulse und die Rücknahme preistreibender Auflagen. Der soziale Wohnungsbau bleibt wichtig, kann aber nur ein Teil der Antwort auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum sein. Viel wichtiger ist der schnelle Zugang zu Baurecht und Bauland sowie auch durch Digitalisierung vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig müssen Nachhaltigkeitsauflagen technologieoffen ausgestaltet sein. Um Unternehmen den Bau von Wohnungen für Beschäftigte zu erleichtern, müssen Förderoptionen entsprechend ausgedehnt, Baugenehmigungen und Nutzungsänderungen auf Betriebsgrundstücken erleichtert werden.

Wohnraum

Abbildung 3

Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt in Mittelfranken



Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr; SK = Stadtkreis (kreisfreie Stadt), LK = Landkreis.

Vor Ort müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum nicht nur in den oben genannten Städten und Kommunen zu verbessern. Das Anfang Oktober im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bauturbo“) muss jetzt zügig in der Praxis genutzt werden. Der Bauturbo bietet den Kommunen die Möglichkeit, mit einfacher Zustimmung Baugenehmigungen zu erteilen und eine vereinfachte Vorprüfung ohne neue Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Gleichzeitig bieten sich den Kommunen erleichterte Möglichkeiten zur Befreiung von Bebauungsplänen und zur Entschärfung von Lärmschutzvorgaben. Städte und Kommunen sind aufgefordert, die erweiterten Spielräume zugunsten der Schaffung von Wohnraum zu nutzen.

6 Innovationsinfrastruktur

Wissen schaffen, Technologietransfer intensivieren

Die mittelfränkische Wirtschaft benötigt qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Forschungsergebnissen.

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Zufriedenheit Bereitstellung von Förderangeboten für Unternehmen	34,7 Prozent	30,1 Prozent
Zufriedenheit Proaktive staatl. Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen	31,6 Prozent	23,8 Prozent
Zufriedenheit Existenz F+E- / Innovationsnetzwerke	38,2 Prozent	38,2 Prozent
Zufriedenheit Zugang zu Technologien	52,8 Prozent	56,8 Prozent
Beratungsangebot für zielgerichtete Innovationsförderung verbessern	70,8 Prozent	67,4 Prozent
Antragsverfahren erleichtern	92,2 Prozent	88,4 Prozent
Förderangebot für Unternehmen ausbauen	76,6 Prozent	80,0 Prozent
Gesellschaftlich bes. relevante Innovationsfelder verstärkt öff. fördern	67,2 Prozent	70,8 Prozent
Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern	77,5 Prozent	78,7 Prozent

Innovationsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Aufbau der Technischen Universität Nürnberg mit Nachdruck vorantreiben.
2. Medical Valley weiterentwickeln und stärken.
3. Zugang der Unternehmen zu Hochschulen und Universitäten verbessern.

6.1 Aufbau der Technischen Universität Nürnberg

Die Neugründung einer international ausgerichteten Universität Nürnberg mit technischem Schwerpunkt ist zu begrüßen. Sie ist ein großer Gewinn für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Mittelfranken, die nicht nur eine Vielzahl hochqualifizierter Arbeitsplätze schafft, sondern darüber hinaus auch für die Forschung einen erheblichen Sprung nach vorne bringen kann.

Gleichzeitig kann durch eine gezielte Netzwerkbildung zwischen Unternehmen und Hochschule eine hohe technologische Abstrahlwirkung auf die Unternehmen vor Ort entwickelt werden. Für Themen wie Mobilität der Zukunft, Energieforschung, Robotik, Sicherheit in der Informationstechnik sowie Hochleistungsrechner wird die künftige Technische Universität Nürnberg eine wichtige Ergänzung darstellen.

Ziel muss es mit Blick auf die Universität Erlangen-Nürnberg sein, statt konkurrierender Lehr- und Forschungsangebote komplementäre Angebote mit Synergiepotenzialen zu schaffen.

6.2 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

Für die Hochschullandschaft in Mittelfranken sind darüber hinaus folgende Aspekte von Bedeutung:

- Es gilt, die Ziele der MINT-Förderung im Blick zu behalten, die auch über das Projektengagement der Verbände im Rahmen von „MINTERAKTIV – Mit Erfolg zum MINT- Abschluss in Bayern“ unterstützt werden (Prävention des Studienabbruchs, Regionalisierung der Bildungsangebote, Begabtenförderung, richtiger Umgang mit der studentischen Heterogenität (Diversity), optimale Vernetzung im Übergang von der Schule ins Studium).
- Der Ausbau von Studienangeboten mit einem Schwerpunkt auf die MINT-Fächer ist weiterhin voranzutreiben. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Bedarfe der regionalen Wirtschaft.
- Die Studierenden müssen auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden. Praxisphasen in den Studiengängen sind ebenso notwendig wie der weitere Ausbau des dualen Studiums, der akademischen Weiterbildung und die Förderung des Unternehmergeistes.
- Kooperationen zwischen Hochschule und Wirtschaft sind auszubauen, etwa durch
- Personalaustausch. Für Dozenten müssen Praxiserfahrungen auf ihrem Karriereweg förderlich sein.
- Die digitale Transformation verändert die Anforderungen an Hochschulen und Absolventen enorm. Für eine zeitgemäße und qualitativ hochwertige Lehre müssen die Lehrenden entsprechend aus- und weitergebildet werden.

6.3 Forschungseinrichtungen in der Fläche entwickeln

Die F+E Infrastruktur Mittelfrankens hat sich in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt. So sind z. B. dank der Nordbayern-Initiative und des Programms *Bayern Digital Institute*, Forschungseinrichtungen und Einrichtungen mit dem Schwerpunkt Digitalisierung in Mittelfranken realisiert bzw. erweitert worden. Es gilt, diese und die nachfolgenden Einrichtungen weiter zu stärken:

- Bayerisches Polymerinstitut (unter anderem mit einem Standort in Erlangen, Nürnberg)
- Verfestigung des Aufwuchses beim Bayerischen Zentrum für angewandte Energieforschung ZAE Bayern (Standort Erlangen)
- Zentrum für Immuntherapie, Biophysik & Digitale Medizin (CITABLE)
- Ausbau des digitalen Gründerzentrums „ZOLLHOF Tech Incubator“
- Aufbau eines Zentrums für Analytics Data Application (ADA-Center) bei der Fraunhofer Gesellschaft (Erlangen, Fürth, Nürnberg)
- Aufbau des „Digital Hubs“ im Bereich „eHealth“ in Erlangen
- 5G-Anwender- und Kompetenzzentrum: Schwerpunkt Metropolregion Nürnberg
- Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unter anderem in Nürnberg
- Hardware-Initiative „Smart Innovations.Bayern“ unter anderem in Nürnberg
- Bayerisches Laserzentrum Erlangen
- Helmholtz-Institut Erlangen-Nürnberg für erneuerbare Energien
- Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen Erlangen
- Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelementetechnologie Erlangen

Um die Technologieführerschaft der bayerischen Wirtschaft in dem wichtigen Zukunftsfeld der Wasserstoffwirtschaft zu festigen und auszubauen, hat der Freistaat das Zentrum Wasserstoff.Bayern – H2.B gegründet. Ziel ist, zentrale Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammenzubringen, um das Thema „Wasserstoffwirtschaft“ – insbesondere Wasserstoff in der Mobilität – in Bayern schnellstmöglich voranzubringen und den Einsatz von Wasserstoff in der breiten Praxisanwendung zu erreichen. Das H2.B ist ein wichtiger Teil der bayerischen Wasserstoffstrategie und muss mit Nachdruck verfolgt werden. Auch die Aktivitäten im Rahmen der „Wasserstoff-Metropolregion Nürnberg hy+“ sind ein relevanter Baustein der Wasserstoffwirtschaft in Bayern.

6.4 Technologietransfer stärken

Der Ausbau der F+E Infrastruktur hat den Forschungs- und Innovationsstandort Mittelfranken deutlich vorangebracht. Gleichzeitig gilt es, die Erkenntnisse in Wertschöpfung am Standort umzusetzen. Eine zentrale Rolle nehmen die Technologietransferzentren ein, von denen bereits folgende in Mittelfranken angesiedelt sind:

- Weißenburg (Kunststoffcampus)
- Neustadt an der Aisch (Künstliche Intelligenz)
- Nürnberger Land (Smart Production)
- Ansbach (angewandte KI)

Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Forschung und Wirtschaft. Es gilt, diese Technologietransferzentren weiterzuentwickeln und im Umfeld der staatlichen und nicht-staatlichen Forschungseinrichtungen gezielt weitere Einrichtungen anzusiedeln.

Zu den wesentlichen Forderungen gehören weiterhin:

- Verstärkte Kooperation und Vernetzung aller Forschungseinrichtungen
- Bessere Kooperation und Verschmelzung zwischen Bildung (insbesondere Hochschulen), Weiterbildung, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Wirtschaftsförderern
- Gemeinsamer Internetauftritt der regionalen Hochschulen und eine gemeinsame Anlaufstelle für Unternehmen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer Forschungslandkarte für Bayern
- Forcierung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft
- Weitere Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des Energie Campus Nürnberg (EnCN), verstärkte Zusammenarbeit mit Unternehmen
- Vermehrte technologieorientierte Unternehmensausgründungen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen

7 Bildung

Bildungsinfrastruktur stärken, Betreuungsangebote verbessern

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Qualität der Bildungsinfrastruktur	50,3 Prozent	46,8 Prozent
Sicherung wohnortnaher Kitas	88,6 Prozent	89,8 Prozent
Sicherung wohnortnaher Schulen	87,5 Prozent	89,9 Prozent

Bildungsinfrastruktur – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht entwickeln.
2. Die weitere Digitalisierung der Schulen vorantreiben.

7.1 Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist zur Erhaltung und Steigerung einer möglichst vollzeitnahen Erwerbstätigkeit der Erziehungsberechtigten zu sichern. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechter Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungslücke orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern, z. B. zu Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie), in den Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten) und an Schließtagen in Kindergarten und Kindertagesstätten.

7.2 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten

Wichtig ist der Erhalt wohnortnaher Schulangebote in der Fläche durch Schaffung Zukunftsfähiger und nachhaltiger Strukturen sowie Nutzung unterschiedlicher

Kooperationsformen. Gerade im ländlichen Raum Mittelfrankens geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten bzw. ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulkooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, begegnet werden kann.

Schulen müssen bedarfsgerecht an ÖPNV und Schulbusverkehr angebunden werden.

7.3 Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Mittelfranken müssen die Berufsschulstandorte und ihre Angebote weiterentwickelt bzw. angepasst werden. Ziel muss es sein, die hohe Qualität an Berufsschulen sicherzustellen bzw. weiter zu verbessern. Wichtig ist, dass gemeinsam vor Ort bei aufkommenden Herausforderungen immer gemeinsam von Berufsschulen und Betrieben nach Lösungen gesucht wird.

Angestrebgt werden sollte auch eine Stärkung der Kooperation der Lernorte Berufsschule und Betrieb, um die berufliche Ausbildung zu optimieren (z. B. durch die Einrichtung Runder Tische, die Stärkung der Rolle der Berufsschulbeiräte oder die Schaffung eines integrierten Berufsschulplans).

7.4 Digitalisierung in allen Schulformen vorantreiben

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technologieoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digitalen Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich altersgerechte digitale Souveränität entwickeln, die es ihnen ermöglicht, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

7.5 Weiterbildungsangebote an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der mittelfränkischen Wirtschaft ist es unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie

Bildung

Meister oder Fachkräfte mit dreijähriger Berufserfahrung, ist deutlich auszubauen. Verstärkte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben.

Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Masterstudiengänge ausbauen

8 Gesundheit und Pflege

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultureinrichtungen)	45,2 Prozent	41,8 Prozent
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (z. B. Vereine, Bäder, Theater, Museen)	61,2 Prozent	70,1 Prozent
Sicherstellen einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	92,1 Prozent	92,9 Prozent
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	85,3 Prozent	93,8 Prozent

Gesundheit und Pflege – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Bedarfsgerechte Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten sicherstellen
2. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen

8.1 Ärzteversorgung in der Fläche sicherstellen

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur, gerade in einer in Teilen ländlich geprägten Region wie Mittelfranken.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der KVB benötigten Anzahl.

Tabelle 4 zeigt für ausgewählte Ärztegruppen die Regionen, in denen der Versorgungsgrad unter 90 Prozent liegt. Das zunehmende Durchschnittsalter und der wachsende Anteil der

Ärzte über 60 Jahren erhöhen den Handlungsdruck. Gleichzeitig wird das Patientenaufkommen durch den demografischen Wandel deutlich ansteigen.

Die hausärztliche Versorgung ist insbesondere in den Versorgungsgebieten Ansbach Nord, Dinkelsbühl, Feuchtwangen und Wassertrüdingen unzureichend. Bei Hautärzten besteht besonderer Handlungsbedarf im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim.

Tabelle 4
Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung (Mittelfranken)

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	55,9 Jahre [55,0 Jahre]	38,5 Prozent [36,5 Prozent]	Ansbach Nord (86,45 Prozent) Dinkelsbühl (84,37 Prozent) Feuchtwangen (77,28 Prozent) Wassertrüdingen (75,63 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	53,2 Jahre [52,5 Jahre]	31,4 Prozent [26,7 Prozent]	
HNO-Ärzte	53,0 Jahre [53,4 Jahre]	29,4 Prozent [33,6 Prozent]	
Hautärzte	52,1 Jahre [53,1 Jahre]	26,4 Prozent [31,6 Prozent]	Neustadt an der Aisch-Bad Winds- heim (40,68 Prozent)
Urologen	53,5 Jahre [52,9 Jahre]	33,8 Prozent [29,0 Prozent]	
Frauenärzte	54,6 Jahre [53,9 Jahre]	35,8 Prozent [31,6 Prozent]	
Chirurgen Ortho- päden	54,5 Jahre [53,8 Jahre]	34,2 Prozent [30,3 Prozent]	
Psychotherapeu- ten	52,2 Jahre [53,3 Jahre]	32,8 Prozent [35,7 Prozent]	
Augenärzte	51,2 Jahre [51,9 Jahre]	25,3 Prozent [28,6 Prozent]	

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanten (Stand: August 2025).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteilige Versorgungsgebiete; Gebiete mit weniger als 90 Prozent).

Es ist Folgendes erforderlich:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen entgegenwirken
- Förderung von Niederlassungen im ländlichen Raum
- Förderung von gemeinsamen Arztpraxen sowie kommunalen und privaten Ärztehäusern als Gemeinschaftseinrichtungen
- Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Notarztwesens
- Ausbau der Studienplätze für Medizin insgesamt
- Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildungen zu ermöglichen.

8.2 Apothekennetz erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es knapp 21 Apotheken in Mittelfranken. Das liegt über dem bayernweiten Durchschnitt von knapp 20 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Es gilt, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Insgesamt ist die Zahl der Apotheken, wie im gesamten Freistaat, rückläufig. So gab es Ende 2013 448 Apotheken, während zum 17.04.2025 nur noch 373 Apotheken bestanden. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten. Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken

8.3 Krankenhausversorgung nachhaltig entwickeln

Mit der angestoßenen Krankenhausreform wird es auch in Mittelfranken zu Veränderungen in der Krankenhauslandschaft kommen. Zentral ist, dass trotz der geplanten Anpassungen bei den Versorgungsstufen der einzelnen Krankenhäuser weiterhin eine gute und wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist. Das gilt umso mehr, als aufgrund der demografischen Entwicklung – gerade auch in einigen Regionen des Regierungsbezirks – ist in den nächsten Jahren mit einer Zunahme von Behandlungsfälle zu rechnen ist. Neben stationären Einrichtungen, wird auch sog. sektorübergreifenden Versorgungseinrichtungen eine wesentliche Bedeutung zukommen. In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, welche Rolle bestehende Reha- und Vorsorgeeinrichtungen künftig in der sektorübergreifenden Versorgung spielen können.

8.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der in Mittelfranken bis 2040 mit 33,5 Prozent stark zunehmende Altersquotient wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich steigen lassen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs,
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahmen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen,
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden,
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen,
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern,
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege.

9 Moderne Verwaltung

E-Government-Leistungen ausbauen und in die Fläche tragen

Unternehmerperspektiven 2024 – Zufriedenheit und notwendiger Verbesserungsbedarf

	Bayern	Mittelfranken
Zufriedenheit Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	8,8 Prozent	10,1 Prozent
Zufriedenheit Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	15,2 Prozent	12,5 Prozent
E-Government / E-Administration stärker ausbauen	75,3 Prozent	77,3 Prozent
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	85,3 Prozent	85,7 Prozent

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Government-Lösungen umgehend einsetzen und für Unternehmen wichtige Lösungen priorisieren
2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
3. Register für automatisierten Zugang öffnen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden und die Serviceorientierung der Verwaltung ist auszubauen. Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung des Postfachs mit den internen IT-Systemen

Moderne Verwaltung

- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder von unlogischen Anforderungen

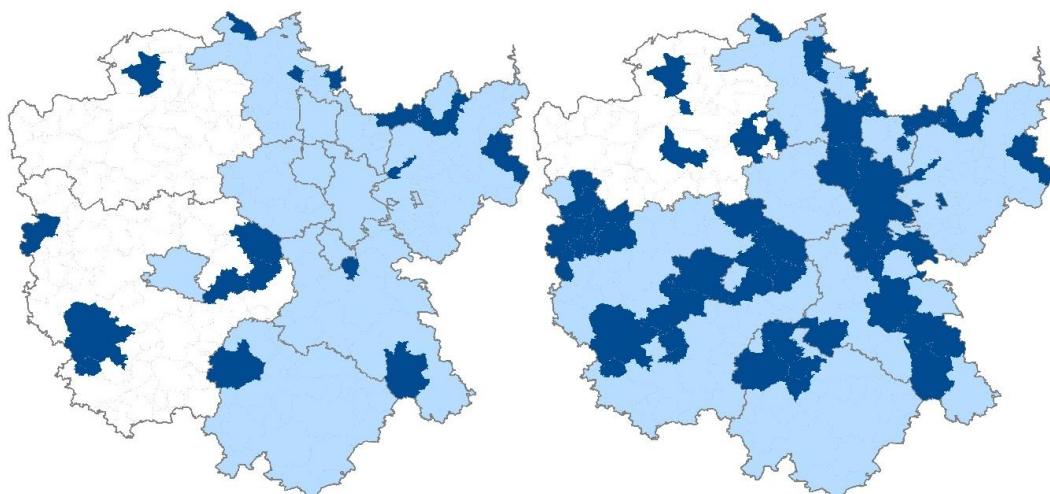
Lösungen für Unternehmen priorisieren

9.1 Regionale und kommunale Diskrepanzen bei digitalen Verwaltungsdienstleistungen abbauen

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Government-Angebote verantworten Bund und Länder. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Bürger- bzw. Unternehmens-Postfach, und um digitale Authentifizierungstools.

Die Verwaltungen auf kommunaler Ebene sind vor allem als Anwender und Anbieter digitaler Verwaltungsdienstleistungen gefragt. Abbildung 4 zeigt, welche Kommunen im Jahr 2023 (linke Seite) respektive 2025 (rechte Seite) mit dem Prädikat „Digitales Amt“ ausgezeichnet wurden.

Abbildung 4
Digitale Ämter in Mittelfranken 2023 / 2025



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben des Staatsministeriums für Digitales;
Digitale Ämter: hellblau = Stadt- und Landkreise, dunkelblau = Gemeinden.

Moderne Verwaltung

Die Auszeichnung setzt voraus, dass die betreffende Verwaltung mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt hat. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigen sich auch große Unterschiede, die deutlich machen: Es ginge bereits mehr, man muss es allerdings auch umsetzen. In Mittelfranken besteht noch in vielen Kommunen Nachholbedarf. Erst knapp 22 Prozent besitzen dieses Siegel, während fast alle Landkreise bereits als Digitales Amt eingestuft sind. Dieser Weg muss weiter gegangen werden, damit bis Ende 2027 jede Leistung überall auch digital angeboten wird.

Einen tieferen Einblick bietet das OZG-Dashboard, das für jede Gebietskörperschaft (Land, Regierungsbezirk, Landkreis, Kommune bzw. Verwaltungsgemeinschaft) anzeigt, für wie viele Verwaltungsleistungen flächendeckend Onlinedienste verfügbar sind. Dabei werden nur Verwaltungsleistungen gezählt, die teilweise oder vollständig digital verfügbar sind. So sind Stand 01. September 2025 bei der Regierung von Mittelfranken 156 Verwaltungsleistungen zumindest teilweise digital verfügbar, bei den Landkreisen sind es 652, bei den kreisfreien Städten 1.536 und bei den Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften 132. Auch hier bestätigt sich der Nachholbedarf bei den Kommunen.

9.2 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

1. Vorhandene Lösungen für E-Government müssen flächendeckend eingesetzt werden. Neue Lösungen sind nach Verfügbarkeit umgehend einzuführen. Beispiele sind
 - als verfügbare Lösungen: die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
 - als hoffentlich bald verfügbare Lösungen: ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtungen im öffentlichen Raum.
2. In allen kommunalen Gebietskörperschaften muss auch das eigene Ortsrecht (z. B. kommunale Satzungen) auf Digitalisierbarkeit überprüft, ggf. daraufhin angepasst und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umgesetzt werden.
3. Auch kommunale Register müssen für den automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate und Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.
4. Vorrangig sind Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

Anhang

Weiterführende Informationen zu den einzelnen Infrastrukturfeldern

Energie

- Studie *Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie*, November 2025
- Studie *Entwicklung der Netzentgelte in Bayern*, November 2025
- Studie *CO₂-Verminderungskosten für die bayerische Industrie im Trendszenario*, Oktober 2025
- Studie *Wasserstoffkosten für die Industrie*, September 2025
- vbw Position *Wasserkraft in und für Bayern*, Juni 2025
- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, März 2025
- vbw Position *Energiepolitik*, Februar 2025
- Studie *13. Monitoring der Energiewende*, Februar 2025
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Januar 2025
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, Januar 2025

Klima

- vbw Position *Klimapolitik*, Januar 2025
- Studie *Klimapolitik nach Baku*, Dezember 2024
- Studie Analyse *CO₂-Infrastrukturbedarf Bayern*, November 2024
- Studie *Bayernplan Energie 2040 – vier Szenarien zur Klimaneutralität 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

Mobilität

- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Oktober 2025
- vbw Position *Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen*, Januar 2025
- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen*, November 2024
- Gemeinsame Erklärung vbw, Industriellenvereinigung Tirol, Unternehmerverband Südtirol, *Freien klimagerechten Warenverkehr über den Brenner gewährleisten*, Juli 2024

Bildung und Innovation

- vbw Position Lehren aus der PISA-Misere, März 2025
- vbw Position Das bayerische Hochschulsystem – Fit für die Zukunft, März 2025
- vbw Position Berufliche Bildung stärken, Januar 2025
- vbw Position Betriebliche Weiterbildung, Januar 2025
- vbw Studie *Technologieprofile Bayern: die Position des Freistaats und seiner Regierungsbezirke in Zukunftstechnologien*, Januar 2024
- vbw Studie Digitale Wettbewerbsfähigkeit aus globaler Sicht, April 2024
- vbw Studie Kompetenzen in den wichtigsten Prozesstechnologien, Mai 2025
- Position Technologische Innovationen fördern, Juli 2025
- vbw Studie Wirtschaft 4.0-Index Bayern, März 2024 *Fortschritt der digitalen Transformation in Bayern*

Anhang**Digitale Netze und E-Government**

- vbw Studie *Die digitale Infrastruktur in Bayerns Regionen*, Oktober 2025
- vbw Position *Digitale Netze*, März 2025
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, März 2025
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, März 2025
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Friedbert Warnecke

Geschäftsführer

Bezirksgruppe Mittelfranken

Telefon 0911-20 33 44-10

friedbert.warnecke@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-268

volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Dezember 2025